



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

13. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

30. August 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

16.35 Uhr bis 17.10 Uhr

Vorsitz: Klaus-Dieter Stallmann (CDU)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|-----------|---|----------|
| 15 | Test der schuss- und stichfesten Westen umsonst? - Stand der Beschaffungsmaßnahmen | 1 |
|-----------|---|----------|

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von LPD Schmidt (IM) entgegen.

- | | | |
|-----------|---|----------|
| 16 | Korruptionsverdacht beim Landeskriminalamt in Düsseldorf | 3 |
|-----------|---|----------|

Für das Innenministerium berichtet KD Dickel.

- | | | |
|-----------|----------------------|----------|
| 17 | Verschiedenes | 4 |
|-----------|----------------------|----------|

^{*)} öffentlicher Teil mit TOP 1 bis 14 siehe APr 13/337

400 Bedienstete von Polizeibehörden bei Bund und Land der Vorteilsannahme verdächtig. Ungefähr 30 Bediensteten werden Bestechlichkeitsdelikte vorgeworfen; das ist der deutlich gravierendere Vorwurf. Darunter sind auch einige Bedienstete aus Nordrhein-Westfalen: Elf wird der Vorwurf der Vorteilsannahme gemacht - die meisten Verfahren sind schon abgeschlossen und eingestellt - und drei werden der Bestechlichkeit beschuldigt. Diese drei Verfahren sind bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal anhängig und harren noch der endgültigen Entscheidung.

17 Verschiedenes

- a) **Innenminister Dr. Fritz Behrens** informiert den Ausschuss über seine tagesaktuelle Entscheidung, die Polizei ab dem 1. Oktober 2001 mit einer neuen Munition auszustatten, den so genannten Deformationsgeschossen. Auf Wunsch des Ausschusses werde das Innenministerium in einer weiteren Sitzung ausführlich Bericht erstatten.
- b) **Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann** erinnert die Ausschussmitglieder an die öffentliche Anhörung am 6. September 2001. Hierbei handele es sich um eine Pflichtausschusssitzung.
- c) Er bitte darum, so **Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann**, die bereits vor einiger Zeit schriftlich mitgeteilten Termine zur Haushaltsberatung einzuhalten.
- d) Die geplante Reise nach Brüssel und Den Haag könne wie geplant stattfinden, so **Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann**. Das Programm für Brüssel liege vor, das für Den Haag folge in Kürze.
- e) **Theodor Kruse (CDU)** äußert sich verwundert über die Ankündigung des Innenministers in der Presse, das von der CDU vor einiger Zeit eingebrachte Gesetz, mit dem prügelnden Ehemännern und Lebensgefährten Hausverbot erteilt werden solle, nun doch auf den Weg zu bringen. Nach Einbringung ihres Gesetzentwurfs habe sich die CDU-Fraktion einverstanden erklärt, wegen der notwendigen Änderung des Polizeigesetzes eine öffentliche Anhörung durchzuführen und die Ergebnisse in die Beratung einzubeziehen. Da aber in der Tat Handlungsbedarf bestehe, habe der Minister angekündigt, das Gesetz noch vor

der für den 24. und 25. Oktober 2001 geplanten öffentlichen Anhörung auf den Weg zu bringen. Das mache die Anhörung überflüssig.

Frank Baranowski (SPD) argumentiert, bei dem neuesten Gesetzentwurf gehe es um mehr als die Änderung des Polizeigesetzes. Außerdem sei ein von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf vom Parlament noch lange nicht beschlossen und eine Anhörung stehe am Anfang des Gesetzgebungsverfahrens. Die CDU-Fraktion sei herzlich eingeladen, sich ernsthaft daran zu beteiligen.

Auch **Monika Düker (GRÜNE)** sieht keinen Anlass, die Anhörung nicht durchzuführen. Der Regierung stehe es frei, einen Gesetzentwurf einzubringen, und zwar unbeschadet des Anhörungsverfahrens auf Parlamentsebene, in das der Gesetzentwurf eingebunden werden könne. Ziel des Gesetzentwurfs sei nicht nur der Platzverweis der prügeln Männer, sondern auch, der verprügelten Frau Zeit zu geben, das ihr in dem Fall zur Verfügung stehende gesetzliche Instrumentarium zu nutzen.

Theodor Kruse (CDU) macht geltend, Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin habe die Länder im Oktober 2000 ermahnt, das Polizeigesetz anzupassen. Dem sei die CDU-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf gefolgt. In der Sache liege man auch gar nicht auseinander: So habe die CDU-Fraktion im Frühjahr im Plenum u. a. auf das baden-württembergische Modell verwiesen, in dem die Findung der Frau eine große Rolle spiele. Das Verfahren dauere aber insgesamt zu lange.

Er könne die Entrüstung von Theodor Kruse nicht nachvollziehen, so **Hans Krings (SPD)**. Nach Bekanntgabe der Änderung auf Bundesebene habe der Innenminister auf die dadurch notwendig gewordene Anpassung des Polizeigesetzes verwiesen. Renate Drewke habe den Innenausschuss von der Absicht des Gleichstellungsausschusses unterrichtet, eine Anhörung durchzuführen, in der es nicht nur um das Polizeirecht, sondern auch um die soziale Betreuung gehe. Über das Verfahren seien sich alle einig gewesen.

gez. Stallmann

Vorsitzender

be/25.09.2001/28.09.2001

220